

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Rolf Linkohr MdEP stellt eine Frage, die durch den atomaren Abrüstungsprozeß unausweichlich wird: Wohin mit dem Plutonium?

Seite 1

Barbara Simons MdEP wirft Bonn Sabotage der EG-Politik gegenüber Südafrika vor: Genscher führt nicht aus, was er selbst mitbeschlossen hat.

Seite 4

### Dokumentation:

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Gallinski, hat den Widerstand des dänischen und des bulgarischen Volkes, der die Juden vor der Deportation und Vernichtung schützte, gewürdigt.

Seite 5

42. Jahrgang / 209

2. November 1987

### Wohin mit dem Plutonium?

Eine brisante Frage, die durch den atomaren Abrüstungsprozeß unausweichlich wird

Von Rolf Linkohr MdEP

Wenn es zu einer Vernichtung der Mittelstrackenwaffen und eines Teils der strategischen Waffen durch ein Abkommen zwischen Moskau und Washington kommen sollte, stellt sich sofort die Frage, was mit dem vorhandenen Plutonium geschieht.

Wird es für neue Waffen verwandt, wird es in Reaktoren „verbrannt“ oder kann es an einen sicheren Ort verbracht werden, damit es in Ruhe, das heißt in 24.000 Jahren zur Hälfte zerfallen kann? Die Beantwortung dieser Frage ist von allgemeinem Interesse, weil bei derart großen Mengen an waffenfähigem Pu auch Mißbrauch und Mißgeschick nicht ausgeschlossen werden kann.

Wenn alle Kernwaffen verschrottet werden, was nicht nur Gorbatschow als wünschenswertes Ziel bis zum Jahre 2000 vorschwebt, bleiben schätzungsweise zwischen 500 und 1000 Tonnen Pu 239 übrig. Dazu kommen bis zur Jahrhundertwende noch einmal circe 1.500 Tonnen Pu aus Kernreaktoren, das ist etwa die dreifache Menge dessen, was heute vorhanden ist. Diese Zahl ist realistisch, denn die Kernreaktoren sind bereits in Betrieb oder im Bau.

Auch wenn die Supermächte im Moment nicht den Eindruck erwecken, als könnten sie sich auf eine völlige Beseitigung der Sprengköpfe einigen, so ist es nie zu früh, Antworten auf die Frage zu geben, was mit dem spaltbaren Material denn geschehen soll.

Zwei Themen stehen dabei im Vordergrund:

- Was geschieht mit dem spaltbaren Material und
- Wie muß die Behörde beschaffen sein, die die Inspektion durchführt und die Endlager verwaltet?

Diesen Problemen ist noch wenig nachgegangen worden. In der Regel wird von Nuklearexperten die Meinung vertreten, daß die ver-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlich: Günther  
von der Pflügel-Böttcher  
Redaktion: Pflügel



nünftigste Methode, mit der gewaltigen Pu-Menge fertigzuwerden, jene sei, die den Schnellen Brüter als „Verbrennungsmaschine“ benutzt. So ergäbe sich nicht nur ein wirtschaftlicher Vorteil, sondern das Pu sei dann auch in weniger gefährliche Elemente umgewandelt.

Wenn dieser Weg nicht begangen werden soll, müssen Methoden der Endlagerung gefunden werden, die für Jahrtausende einen Mißbrauch ausschließen. Es liegt nahe, hierfür eine internationale Überwachungsbehörde zu schaffen, um das Mißtrauen zwischen den möglichen Atomwaffenstaaten zu verringern. Dabei stellen sich eine Reihe technischer Probleme.

Nehmen wir einmal an, die mechanischen Teile einer Atomwaffe seien vernichtet, so bleibt das spaltbare Material übrig, im wesentlichen Pu 239. Es auf ewig in reiner Form zu lagern, wäre aber nicht ratsam, und zwar aus einleuchtenden Gründen. Zum einen ist es ein schwieriges und gefährliches Material, dessen Lagerung gegen Feuer, Überschwemmung oder Erdbeben gesichert werden müßte. Zum anderen muß durch Trennung der in die hunderte Tonnen gehenden Menge verhindert werden, daß durch Kontakt eine kritische Masse entsteht, die eine Kettenreaktion auslösen kann. Die Lagerung muß also in Tausenden voneinander getrennten Päckchen stattfinden. Gewiß, das Problem ist geringer als der Umgang mit den vorhandenen Atomwaffen und ihren Standorten, doch immer noch gefährlich genug. Schlimmer noch, diese Lagerstätten können Gegenstand von Irrtum oder Verbrechen sein. Es ist verhältnismäßig einfach, aus dem Pu eine Bombe zu bauen. Wir müßten deshalb ständig in der Furcht leben, daß ein Staat oder eine terroristische Vereinigung in Besitz von Pu 239 gelangt, um andere zu erpressen. Selbst eine recht unvollkommene Waffe könnte in einer ansonsten atomwaffenfreien Welt nicht geduldet werden.

Da - guten Willen einmal unterstellt - die Vernichtung der Sprengköpfe schneller geht als der Aufbau eines Endlagers, werden Zwischenlager gebraucht. Ihre Lebensdauern wird aller Erfahrung mit dem Auffinden von Endlagern nach recht lang sein. Wie allerdings ein Zwischenlager beschaffen sein soll, weiß niemand.

Und wie soll die Endlagerung aussehen? Kann das Pu in die Weltmeere geschüttet werden? Oder in die Luft geblasen werden? Oder finden sich Endlagerstätten in Granit, Salz oder Lehm? Die Probleme sind nicht genau dieselben wie bei der zivilen Nuklearindustrie, doch sie sind ähnlich. Da die Nuklearindustrie aber auch noch keine befriedigende Lösung für ihre Probleme gefunden hat, darf wohl davon ausgegangen werden, daß die Pu-Probleme auch nicht einfach zu lösen sein werden.

Die Verbreitung von Pu muß auf alle Fälle verhindert werden, und zwar über die gesamte Lebenszeit hinweg, das sind Zehntausende von Jahren. Denn gelangt es einmal in den biologischen Kreislauf - und sei es nur in geringen Mengen - ist es für immer der Kontrolle der Menschen entzogen. Pu verlangt also eine kompakte Behandlung, Dispersio ist verboten!

Eine kompakte Lösung könnte darin bestehen, Pu mit einer Rakete in den Weltraum zu schießen, damit es für immer im Universum verschwindet. Doch können wir Raketen so sicher bauen, daß kein Unfall geschieht? Können wir Raumfähren konstruieren, die all das Plutonium sicher von der Erde wegbringen? Diese Lösung wäre sicher teuer, aber immer noch billiger als die Produktion von Weltraumwaffen. Doch birgt sie Risiken, die wenigstens heute noch nicht verantwortbar sind.

Akzeptabel erscheinen Lösungen, die das waffenfähige Material unbrauchbar machen. Man könnte Pu mit anderen chemischen Elementen, etwa Bor vermischen, das eine spontane Spaltreaktion verhindert. Doch diese Methode hat den Nachteil, daß sie relativ leicht rückgängig gemacht werden kann.

Man könnte Pu 239 aber auch mit anderen radioaktiven Spaltprodukten vermischen, so daß es schwieriger wird, wieder reines Pu herzustellen. Waffen könnten so nicht mehr gebaut werden. Eine solche Methode könnte zumindest eine Übergangslösung bieten. Auf Dauer wäre aber auch sie kaum geeignet, denn Isotopentrennung wird immer einfacher.

In Verbindung mit U 235 könnten auch Brennstäbe für Kernreaktoren gebaut werden. Kernenergie würde dann, trotz der bekannten Risiken, unter dem Gesichtspunkt der Pu-„Verbrennung“ weiterbetrieben werden. Eine Folge davon wäre, daß die internationale Kontrolle der Nuklearindustrie, vor allem der Wiederaufarbeitungsanlagen wesentlich strenger sein müßte als dies heute der Fall ist.



Neben den Problemen der Verbringung von Pu bleibt die nicht minder bedeutsame Frage offen, wie denn die Überwachung aussehen soll. Wie müssen Tests beschaffen sein, damit wir sicher wissen, daß das Material nicht mehr waffenfähig ist? Es gibt darüber mit Sicherheit eine Menge Wissen, doch unterliegt es weitgehend der militärischen Geheimhaltung. Die Geheimnistuerei müßte also verschwinden.

Und wie steht es um die politischen und administrativen Probleme? Wer soll denn das spaltbare Material überwachen und wo? Wäre es möglich, daß Pu außerhalb des Territoriums der Supermächte zu verbringen, einmal unterstellt, daß es in einem dritten Land geologisch sichere Standorte gibt?

Viel wird von dem Vertrauen abhängen, das die Supermächte in die internationale Kontrollbehörde haben. Die Erfahrung mit internationalen Organisationen - international oder privat - ist aber nicht dazu angetan, Mißtrauen gänzlich auszuschließen.

Denkbar wäre auch, die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) mit der Inspektion zu betrauen. Allerdings müßte ihr Charakter dann völlig verändert werden. Antworten müßten zum Beispiel auf folgende Fragen gegeben werden:

1. Wie wird das Personal ausgewählt? Soll es aus der derzeitigen Nuklearindustrie kommen, soll es zivile oder militärische Erfahrung haben und gibt es für die Supermächte ein Veto-Recht bei der Einstellung?
2. Mit welchen Rechten sollen die Inspektoren ausgestattet werden, damit sie ihrer Aufgabe wirkungsvoll nachkommen? Sollen sie zu allen Staaten Zugang haben oder nur jene Staaten kontrollieren, die das Abkommen unterzeichnet haben?
3. Wo sollen die Zwischen- und Endlager errichtet werden?
4. Soll nicht mehr waffenfähiger Pu für friedliche Zwecke (Energieerzeugung) zur Verfügung gestellt werden und wenn ja, unter welchen Bedingungen?
5. Was wäre die unterste Grenze nuklearer Bewaffnung in der Zeit des Übergangs, also solange die Inspektion noch nicht voll wirksam ist?
6. Und wer bezahlt die Inspektion?

Fragen über Fragen, deren Beantwortung schon deswegen schwer fällt, da sie von sehr unterschiedlichen Partnern gegeben werden muß. Denn schließlich bedeutet die totale internationale Kontrolle des nuklearen Brennstoffkreislaufs den völligen Verzicht auf nationale Souveränität - sie muß fortan mit anderen geteilt werden.

Fragen stellen heißt nicht, sie auch schon beantworten zu können. Ihr Vorhandensein unterstreicht jedoch die Notwendigkeit, Antworten zu finden, wenn wir den Mißbrauch von Pu verhindern wollen. Die Abrüstung der Atomwaffen ist leider noch nicht die letzte Antwort, denn Pu läßt sich nicht einfach wegwerfen.

Da die Experten - soweit sie mir bekannt sind - ebenso ratlos sind wie die Unerfahrenen, sollten deshalb zuerst einmal alle Möglichkeiten der Pu-Verbringung untersucht werden. Eine internationale Expertenkommission sollte beauftragt werden, Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Mit INFCE (International Nuclear Fuel Cycle Evaluation) liegen bereits Erfahrungen vor, auf die aufgebaut werden kann. So wie Präsident Carter 1977 INFCE auf den Weg brachte, so müßten heute die Großmächte gemeinsam eine Expertenkonferenz zur Plutonium-Verbringung einrichten.

Dann käme die Stunde der Politiker, also ein internationales Abkommen zur völligen Kontrolle der spaltbaren Stoffe. Es bedarf wenig Fantasie, sich die Schwierigkeiten auszumalen, die ein solches Abkommen behindern. Doch wer mit der Abrüstung ernst machen will, darf dem Problem der Pu-Verbringung nicht ausweichen.

(-/2.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



### Bonn sabotiert EG-Politik gegen Südafrika

Genscher exekutiert nicht die EG-Maßnahmen, denen er selbst zugestimmt hat

Von Barbara Simons MdEP

Südafrika-Sprecherin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Maßstab der internationalen Bewertung der Politik Bonns im südlichen Afrika sind nicht mühsam vom Blatt abgelesene Verurteilungen des Apartheid-Regimes, wie es jetzt Bundesaußenminister Genscher in Angola tat, sondern der Vollzug der von der Internationalen Völkergemeinschaft und Europäischen Gemeinschaft verabredeten Sanktionen. Die Bundesregierung aber sabotiert die Sanktionspolitik der Europäischen Gemeinschaft gegen Südafrika und isoliert sich damit zunehmend.

Ursache dafür ist, daß Südafrika zum Tabu-Thema der Bonner Regierungsparteien gemacht worden ist. Genscher und Kohl tauchen weg, um nicht von Strauß auch auf diesem Feld attackiert zu werden. Sie nehmen den auch von den Kirchen erhobenen Vorwurf der Komplizenschaft hin, um nicht weiteren Sprengstoff in die Koalition zu tragen. Wenn die Bundesrepublik im Januar die EG-Präsidentschaft übernimmt, muß man mit schlimmsten Rückschlägen rechnen.

Es muß festgehalten werden, daß Bundesaußenminister Genscher selbst bei solchen Maßnahmen nicht für die Umsetzung in der Bundesrepublik sorgt, denen er im EG-Ministerrat zugestimmt hat. Noch immer fehlt eine rechtverbindliche Verstärkung des Waffenembargos. Ebenfalls ohne rechtverbindliche Regelung blüht auch das Geschäft mit sensitiven Gütern sowie solchen, die sowohl für den militärischen wie den zivilen Sektor von Bedeutung sind.

Wie schlecht die Umsetzung der EG-Sanktionen in der Bundesrepublik erfolgt ist, beweist auch die Tatsache, daß Bonn statt den Firmen Neu-Investitionen in Südafrika zu verbieten, sich mit einem Brief an den DIHT begnügt hat. Wie zum Spott schauen sich deutsche Unternehmen wie BASF, Daimler, Deutsche und Dresdner Bank sowie Hoechst nicht einmal ihre Investitions-Pläne öffentlich zu rühmen. Bundeswirtschaftsminister Bangemann hat bis heute noch nicht für ein Verbot der Ausfuhrlizenzen für Erdöl nach Südafrika gesorgt, sondern stellt die Schluupflöcher geradezu unter Denkmalschutz.

Alarmierend ist die Tatsache, daß die Importe südafrikanischer Stahle vor allem in die Bundesrepublik zugenommen haben. Sie haben inzwischen wieder einen Umfang wie vor dem Beginn des Embargos. Während sie 1985 einen monatlichen Durchschnittswert von rund 6,5 Millionen DM hatten, stiegen sie 1986 auf neun Millionen DM im Monatsdurchschnitt. Im Juli 1987 lag der Warenwert bei 8,8 Millionen.

(-/2.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**DOKUMENTATION****Heinz Galinski: Eine unüberwindbare Barriere gegen die Mordmaschinerie**

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat am Sonntag in einem Vortrag in Berlin den erfolgreichen Widerstand des dänischen und bulgarischen Volkes gegen die Judendeportationen als Beispiel dafür gewürdigt, „daß Widerstand auch in scheinbar aussichtslosen Situationen möglich ist und daß Menschlichkeit noch eine Chance hat“. Galinski unterstrich: „Wenn alle anderen Völker ähnlich unerschrocken dem Geist der Barbarei Stirn geboten hätten, wären Millionen von Menschen Leid und Tod erspart geblieben.“ Wir veröffentlichen Galinskis Rede in Auszügen.

Fast überall in Europa waren die Jahre zwischen der Wannsee-Konferenz und der langersehnten Bezwingung des nationalsozialistischen Dritten Reiches für die Juden Jahre der systematischen Ausrottung, Flucht und Vertreibung, aber auch die Jahre einer großen Einsamkeit... Ganz im Einklang mit dem Ungelast der Barbarei, die sich in diesen Jahren in Deutschland ausgebreitet hatte, wurden Juden mit einer Art mittelalterlichen Banns belegt, ausgestoßen, entrechtet und von ihrer Umwelt fast völlig isoliert. Und das große Schwelgen, das in die große Einsamkeit führte, breitete sich leider nicht nur über Deutschland aus.

Nur wenige Völker Europas haben in dieser Stunde der Prüfung bewiesen, daß sie aus dem Mittelalter herausgewachsen sind, daß sie die Ideale des Humanismus und der Aufklärung auch wirklich fest ihrer Tradition eingefügt haben.

Vergleicht man nun den Verlauf der nationalsozialistischen Expansion in den einzelnen europäischen Ländern, so erscheint das, was das dänische und das bulgarische Volk angesichts der Übermacht und der brutalen Gewaltherrschaft geleistet haben, fast wie ein Wunder.

Auf den ersten Blick könnte ein Unbeteiligter meinen, es sei eigentlich ganz einfach: Man müsse nur Mensch bleiben und sich dagegen zur Wehr setzen, zur Durchführung von Unmenschlichkeiten mißbraucht zu werden. Aber in der Wirklichkeit sah es, wie wir uns leider überzeugen mußten, ganz anders aus.

Es gibt gesellschaftliche Bedingungen, unter denen ungeheuer viel Mut dazu gehört, die eigene Moral gegen die drohende Gewalt zu behaupten. Mehr Mut, als ein einzelner Mensch aufbringen kann, wie die Ereignisse gezeigt haben.

Es bedarf schon des Einverständnisses der Menschen untereinander, der Atmosphäre der Solidarität und der gemeinsamen moralischen Verantwortung, die es dem Einzelnen ermöglichen, sich gegen Unrecht zur Wehr zu setzen. Wir kennen die tragische Statistik der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und die Perfektion ihrer Mordmaschinerie.

Und wir müssen uns zutiefst vor den Nationen verbeugen, die es geschafft haben, sie zu hintergehen oder zum Stillstand zu bringen.

Allgemein bekannt ist die heldenhafte Haltung des dänischen Volkes und insbesondere seines Königs, die dazu geführt hat, daß knapp 8.000 Menschenleben gerettet werden konnten. Die „Schiffsbrücke über den Öresund“, durch die sich die dänischen Juden dem Zugriff der Verfolger nach Schweden entziehen konnten, hätte nicht entstehen können, wenn nicht das ganze Volk einer riesigen Verschwörung gegen das Unrecht und die Unmenschlichkeit beigetreten wäre.

Die Voraussetzung für eine solche Rettungsaktion ist Vertrauen, das jeder seinem Nachbar schenken kann, wenn es um den Widerstand gegen die Barbarei geht. Man möchte meinen, dies sei ein Ding der Selbstverständlichkeit, aber die Entwicklung in vielen Ländern belehrt uns eines Besseren. Im Zusammenhang mit der „Brücke über den Öresund“ möchte ich auch den Namen eines Deutschen nicht unerwähnt lassen, ohne dessen beispielhafte Haltung das Unternehmen nicht möglich gewesen wäre. Ich spreche von dem damaligen Schifffahrtsexperten an der Deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen, Georg Ferdinand Duckwitz, den wir hier in der Gemeinde vor siebzehn Jahren mit dem Heinrich-Stahl-Preis geehrt haben.

Seine Opferbereitschaft, mit der er die Verfolgten über die Pläne der Besatzungsbehörden rechtzeitig informierte, ist auch schon deswegen besonders hoch zu schätzen, weil er sich nicht auf die breite Solidarität der Mitglieder seiner Nation stützen konnte.



Beispiellos und leider viel zu wenig bekannt ist hingegen das, was in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Bulgarien geschah. Hier zeigte ein Volk mit allen seinen tragenden Institutionen - mit den politischen Organisationen, der Kirche, den Berufsverbänden und anderen mehr - seinen Protest gegen die hastig vorangetriebene Isolierung der bulgarischen Juden so massiv und deutlich, daß sich die Machthaber gezwungen sahen, den Plan der Vernichtung aufzugeben.

Am 31. August 1943, zu einem Zeitpunkt, als Deportationszüge aus ganz Europa in die Vernichtungslager im Osten rollten, schrieb der Leiter der Gruppe Inland II des Auswärtigen Amtes an den SS-Obergruppenführer und General der Polizei Dr. Kaltenbrunner in Bezug auf die Deportationen aus Bulgarien: „Es dürfte nicht nur aussichtslos, sondern vom allgemein politischen Standpunkt aus sogar gefährlich sein, in der Judenfrage im derzeitigen Augenblick Schritte zu unternehmen.“ Dabei ist es denn auch bis 1945 geblieben und so geht Bulgarien in die Geschichte als das einzige Land Europas ein, das nach dem Ende der nationalsozialistischen Besatzung mehr Juden beherbergte, denn zuvor.

Und noch eine Begebenheit verdient unseren höchsten Respekt, die von der Kontinuität Bulgariens in diesem Punkt bis zum heutigen Tag Zeugnis ablegt. Am 24. Mai 1943 fand in Sofia ein Massenprotestmarsch gegen die Aussiedlung der 25.000 Sofioter Juden in die Provinz statt. Etwa 10.000 Menschen nahmen an dem Protestmarsch teil und an seiner Spitze ging als einer der Organisatoren der damalige Sekretär des 3. Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei und heutige Staatsratsvorsitzende und 1. Parteisekretär Todor Schiwkow.

Schon im Jahre 1940, bei der Verabschiedung der antijüdischen Gesetze zum Schutz des Volkes im bulgarischen Parlament bildete sich eine breite Front des Protestes, in der sich die orthodoxe Kirche, die kommunistische Partei, die Liberalen und die Sozialdemokraten mit besonderer Heftigkeit hervorgetan haben. Bei dem Versuch der Deportation und Vernichtung wurde diese Front zu einer unüberwindbaren Barriere, an der selbst die bewährte perfekte Mordmaschinerie gescheitert ist.

Das jüdische Volk genießt den Ruf, ein gutes Gedächtnis zu haben. Leider nur zu selten bekommen wir Gelegenheit zu bewahren, daß uns dieser Ruf nicht nur im Bösen, sondern auch im Guten zusteht. Um so größer ist heute meine Freude, meine größte Hochachtung zwei Völkern gegenüber zum Ausdruck bringen zu können, die mit ihrem Verhalten unter schwersten Bedingungen gezeigt haben, daß Widerstand auch in scheinbar aussichtslosen Situationen möglich ist und daß Menschlichkeit noch eine Chance hat.

Wenn andere Völker - und es sei mir gestattet, dies an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit zu sagen - wenn alle anderen Völker ähnlich unerschrocken dem Ungeist der Barbarei Stirn geboten hätten, wäre Millionen von Menschen Leid und Tod erspart geblieben. Wir sollten alle aus dem dänischen und bulgarischen Beispiel vor allem lernen, daß es möglich ist, Menschlichkeit zu erhalten. Was dazu nötig ist, ist gleichzeitig wenig und viel: Es muß Einigkeit herrschen über die Grundregeln der Menschlichkeit und über die Botschaft, gegen das Unrecht Widerstand zu leisten.

Ich verneige mich vor den beiden geehrten Völkern und rufe alle anderen dazu auf, auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

(-/2.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*

